

Ausgabe 01 | **2018**

KLIMA.DISKURS DAS MAGAZIN







INTERVIEW
EINER ATOMAREN RENAISSANCE
IN EUROPA ENTGEGENWIRKEN

RÜCKBLICK
BERICHTE AUS DEM
KLIMADISKURS.NRW





INHALT

von Andrea Arcais



	EDITORIAL	03
	TRANSFORMATION	
	Industrie und Energiewende	
	von Prof. Dr. Andreas Pinkwart	04 - 05
	Klimaschutz als Modernisierungs- und	
	Gerechtigkeitsprogramm	
	von Prof. Dr. Dirk Messner	06 - 07
	Mit Kooperation zur Transformation	
	von Christoph Bals	08-09
	INTERVIEW MIT DR. HEINZ BAUES	
	Einer atomaren Renaissance in Europa durch eine	
	nachhaltige Energiewende entgegenwirken	10-11
	BERICHTE AUS DEM KLIMADISKURS.NRW	
	Die Diskurse in 2017	12-13
	UNSERE MITGLIEDER	
	Die Mitgliederzahl wächst	14-15
	AUSBLICK	
	Unsere Veranstaltungsformate &	
	Diskurse in 2018	16-17
	DIE MITGLIEDER SIND ENTSCHEIDEND	

18-19



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

wie geht es weiter mit der Klimaschutzpolitik in NRW, wie in Berlin? Auch wenn die Frage in den Wahlkämpfen des vergangenen Jahres nicht ganz oben auf der Agenda stand, so wurde in den unterschiedlichen Sondierungsgesprächen in Berlin sowie in den ersten, durchaus kontrovers diskutierten Vorhaben der neuen NRW-Regierung eines deutlich: Klimapolitik ist Gesellschaftspolitik. Sie beeinflusst das Leben in unseren Kommunen (Stichwort Windenergie) und hat Auswirkungen auf unsere Arbeitsplätze (Stichwort Industrie & Braunkohle). Die Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft besteht darin, die notwendigen Weichenstellungen so vorzunehmen, dass Strukturbrüche vermieden werden. Klimaschutz und eine zukunftsgewandte Energiepolitik sind vor allem in NRW unverzichtbar mit einer sozialen Komponente verbunden. Daher liegt der Fokus unserer Jahresauftaktveranstaltung in diesem Jahr auf den positiven Traditionen, die NRW von seinen Strukturwandelerfahrungen in diesen Bereichen einbringen kann. »Vom Strukturwandel zur Transformation – Vorbild NRW für den internationalen Klimaschutz?« ist der Rahmen für unsere Themen im Jahr 2018, der auch die internationale Verknüpfung und Bedeutung NRWs nicht erst vor dem Hintergrund des Pariser Klimavertrages verdeutlichen soll. In NRW haben Wirtschaft, Industrie und Gesellschaft eine Tradition der Zusammenarbeit, die für den Klimaschutz nicht zuletzt im Klimaschutzplan deutlich wurde und die bis heute trägt. NRW kann mit seinem Know-how des Strukturwandels ein Vorbild für ähnliche Regionen in anderen Ländern sein. Klimaschutz und Energiewende sind für Wirtschaft und Gesellschaft Treiber hin zu großen und kleinen Transformationen, die Akteure zusammenbringen und Innovationen ermöglichen. Hierfür bietet KlimaDiskurs.NRW als »Lobby für gemeinsames Handeln« eine unabhängige Plattform, die über Legislaturperioden hinaus und unabhängig von Koalitionskonstellationen agiert. Mit dem vorliegenden MAGAZIN wollen wir Sie auf kommende Themen einstimmen und einen Rückblick auf die vielseitigen Diskussionen im vergangenen Jahr geben.

Viel Spaß beim Lesen!

Sophia Schönborn

Referentin für Klima- und Energiepolitik KlimaDiskurs.NRW

Andrea Arcais

Geschäftsführer KlimaDiskurs.NRW

Das MAGAZIN finden Sie auch online auf: www.klimadiskurs-nrw.de Ihre Meinung zum MAGAZIN können Sie uns schreiben: info@klimadiskurs-nrw.de



Von **PROF. DR. ANDREAS PINKWART**, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Klimawandel ist unbestreitbar eine der großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens bekennt sich daher eindeutig zum Klimaschutzabkommen von Paris. Es ist unser Ziel, dass die Welt in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts weitgehend treibhausgasneutral wirtschaftet.

Nordrhein-Westfalen ist der führende Industrie- und Energiestandort in Europa und hat daher für die notwendige Transformation der Energiesysteme eine Schlüsselstellung in Deutschland. In den vergangenen Jahren ist zunehmend aus dem Blickfeld geraten, welche Rolle unsere Industrie für eine moderne Gesellschaft spielt. Die nordrhein-west-

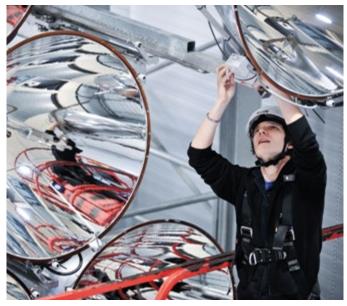


fälische Industrie beschäftigt mehr als 1,2 Millionen Menschen und erzielt einen Jahresumsatz von rund 330 Milliarden Euro. Sie schafft die materiellen Grundlagen für unseren Wohlstand, ist aber gleichzeitig der größte Stromverbraucher. Gerade Nordrhein-Westfalen weist einen weit überdurchschnittlichen Stromverbrauch in der Industrie auf, da Energie hier essenziell für die Wertschöpfung ist. Das spiegelt auch den überdurchschnittlichen Beitrag der Industrie an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung wider.

NRW muss ein starkes Industrieland bleiben

Vor diesem Hintergrund ist es von größter Bedeutung, dass Nordrhein-Westfalen ein starkes Industrieland bleibt. Der Umbau der Energiesysteme mit erneuerbaren Energien schreitet national und international schnell voran. Nordrhein-Westfalen muss aus den anstehenden Transformationsprozessen gestärkt hervorgehen. Das gilt vor allem für die energieintensive Industrie, die sich zunehmend in einem globalen Wettbewerb und dem damit verbundenen Kostensenkungsdruck befindet. Daher dürfen die industriellen Stromkosten nicht so hoch werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie im Vergleich zu Ländern mit geringerem Klima- und Umweltschutzniveau gefährdet werden könnte.

Die Herausforderung, um weitestgehend treibhausgasneutrale Produktionsprozesse zu schaffen, sind enorm. Der Einsatz regenerativ erzeugter Energieträger und regenerativen Stroms in direkter oder indirekter Form kann vielfach erfordern, dass Herstellungsprozesse grundsätzlich umgestellt und neue Anlagentechniken angewendet werden müssen. Neben evolutionären Schritten der Verfahrensentwicklung sind dabei auch »Sprunginnovationen« nötig. Neue Produktionsverfahren und Produkte, die Ausschöpfung der Digitalisierungspotenziale, Kooperationen über die jeweiligen Wertschöpfungsketten hinweg sowie die Weiterentwicklung der (Energie-)Infrastrukturen und das sukzessive Schließen der Stoffkreisläufe sind die Eckpfeiler für die anstehenden Veränderungen.



INNOVATIVE WEGE GEHEN: DIE GROSSFORSCHUNGSANLAGE
»SYNLIGHT« DES DLR DIENT DER ERFORSCHUNG DER
SOLAREN TREIBSTOFFPRODUKTION

Es bedarf eines internationalen level playing field

Die Industrie hat bereits einen großen Beitrag zum Klimaschutz geleistet und von 1990 bis 2015 ihre Treibhausgasemissionen um mehr als 25 Prozent gesenkt. Für deutlich weiter gehende Prozesse benötigen die Unternehmen ausreichende Spielräume und starke Partner in Wissenschaft und Politik. Nur dann können sie die erforderlichen Strategien und Technologien für eine treibhausgasneutrale Produktion entwickeln und sich erfolgreich am Markt behaupten. Um Investitionen in Produktionsprozesse und Infrastrukturen gerade in den Branchen, die in scharfer globaler Konkurrenz stehen, zu ermöglichen, braucht es zudem ein internationales level playing field.

Dabei gilt es, die Industrie durch Forschung und Entwicklung aktiv zu unterstützen. Insbesondere Kooperationen von Industrie und Wissenschaft sollen die notwendigen technischen, ökonomischen, infrastrukturellen, institutionellen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung, Demonstration und Markteinführung zentraler Innovationen identifizieren und Lösungen erarbeiten.

Die Landesregierung setzt dazu auf eine technologieoffene Energieforschungsoffensive und ein vom Wettbewerb geprägtes Design des Energiemarktes. Mit maßgeschneiderten Programmen fördern wir Forschung und Innovationen in den Energiesektoren. Die Zusammenarbeit von Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Verbund mit Unternehmen ist dabei ein wichtiger Innovationstreiber, den wir durch entsprechende Leitmarkt- und Klimaschutzwettbewerbe unterstützen.

Damit sich zukünftig ein treibhausgasneutraler und energieeffizienter Industriesektor in Nordrhein-Westfalen entwickeln kann, müssen heute die richtigen Weichen für die erforderlichen Investitionen und Innovationen gestellt werden. Denn in den energieintensiven Industrien werden zahlreiche Technikinnovationen notwendig sein, gerade in den kommenden drei Jahrzehnten.

Die Industrieunternehmen in Nordrhein-Westfalen besitzen die Schlüsselkompetenzen, um Zukunftstechnologien wie beispielsweise CCU, Power to X, Wasserstofftechnologien, elektrische Hochtemperaturverfahren und innovative Speicher- und Flexibilitätssysteme zu entwickeln und zu implementieren. Sie werden dabei durch eine exzellente Forschungslandschaft unterstützt. Grundlage muss eine Kultur der Offenheit gegenüber allen neuen Technologien, Strategien und Innovationen sein – trotz möglicher Risiken. Dieser Weg wird auch zu Technologien führen, die wir heute noch gar nicht kennen.

Eine Kultur der Offenheit gegenüber Technologien und Strategien

Um die Transformation zu einer treibhausgasneutralen Produktion zu beschreiten, sind bereits viele Maßnahmen denkbar. Neben der Substitution fossiler Energieträger durch erneuerbare Energie für Strom und Wärme können viele industrielle Prozesse schrittweise etwa auf CO₂-basierte Rohstoffe, synthetische Kraftstoffe und synthetisches Erdgas umgestellt werden. Zudem bieten Koppelprodukte Lösungen zur Energieversorgung und Emissionsminderung in anderen Sektoren – wie es die gemeinsame Initiative »Carbon2Chem®« von thyssenkrupp und weiteren Industrieunternehmen schon beabsichtigt. Nicht zuletzt können die Fertigungsprozesse, aber auch die gesamten Produktkreisläufe im Hinblick auf Material- und Energieeffizienz weiter optimiert und sukzessive geschlossen werden. Hier bedarf es in vielen Bereichen noch umfangreicher Forschungsanstrengungen.

Die Landesregierung wird dazu in den Industriepolitischen Leitlinien verbindliche Ziele entwickeln, um optimale Rahmenbedingungen für unsere Industrieunternehmen herzustellen.



PROF. DR. ANDREAS PINKWART

Prof. Dr. Andreas Pinkwart ist seit dem 30. Juni 2017 Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen. Zuvor war der Volks- und Betriebswirtschaftler Rektor der HHL Leipzig Graduate School of Management. Bereits von 2005 bis 2010 war das FDP-Mitglied als Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie und stellvertretender Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen tätig.

www.wirtschaft.nrw

ANGESCHLAGENE WELTWIRTSCHAFT – EINE KLARSTELLUNG

In den ersten Dekaden des 21. Jahrhunderts ist die Weltwirtschaft ins Stocken geraten und die Ungleichheit hat sich in vielen Staaten weiter verschärft. Diese Entwicklung ist keinesfalls den schädlichen Interventionen einer wie auch immer gearteten Nachhaltigkeitspolitik anzulasten. Ganz im Gegenteil sind die entsprechenden politischen Maßnahmen bisher so kraftlos, dass Erderwärmung und Artensterben sich inzwischen in beängstigendem Tempo vollziehen.

Das gilt, obwohl nahezu alle Voraussetzungen erfüllt sind, die üblicherweise als förderlich für das Gedeihen der globalen Märkte (und ihrer Kunden) angesehen werden: Deregulierung, Steuererlässe für Unternehmen, niedrige Zinsen sowie preiswerte fossile Energie. Dennoch sta-

bilden gegenwärtig die *einzigen* ehrgeizigen Vorhaben, an denen sämtliche Nationen beteiligt sind. Ihre Umsetzung erfordert allerdings einen historisch einzigartigen Kraftakt einer solidarischen, evidenzbasierten Modernisierung.

Andere planetarische Grenzen, innerhalb derer sich zivilisatorischer Fortschritt einigermaßen sicher entfalten kann, sind nicht mehr weit entfernt: Wasserressourcen, fruchtbare Böden und biologische Vielfalt geraten unter immer größeren Druck, während der Eintrag von Schad- und Giftstoffen (u.a. Vermüllung der Weltmeere) in die natürliche Umwelt nahezu exponentiell zunimmt.

Die Beschränkung der Erderwärmung auf weniger als 2 °C kann – so der Stand der besten wissenschaftlichen Einsicht – nur gelingen, wenn das globale Wirtschaftssystem bis 2050 weitestgehend dekarbonisiert ist und der entsprechende Transformationspfad *sofort* eingeschlagen wird.

VON PROF. DR. DIRK MESSNER KLIMASCHUTZ ALS MODERNISIERUNGS- UND GERECHTIGKEITSPROGRAMM

gnieren die reiferen und auch manche der aufstrebenden Ökonomien, sinkt der Realzins auf null, geht die Investitionstätigkeit weiter zurück, verfallen in vielen Ländern wichtige Infrastrukturen, ist, nicht zuletzt in weiten Teilen Europas, die Jugendarbeitslosigkeit dramatisch hoch und breite Gesellschaftsschichten erleben Realeinkommensverluste. Es muss noch einmal betont werden, dass diese Krisendynamiken nicht etwa den eher noch zögerlichen Umweltregulierungen geschuldet sind, sondern der inneren Logik eines fossil betriebenen Industriesystems, das nur im Expansionsmodus Wohlfahrt für viele generieren kann und zugleich den Großteil der wahren Wachstumskosten auf vulnerable Einkommensgruppen und künftige Generationen abwälzt – sei es in Form sozialer Degradierung, durch eklatante Staatsverschuldung oder die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dieses Wohlstandsmodell muss infrage gestellt und neu ausgerichtet werden. Dies bedeutet: *Transformation*, nicht Reparatur.

BEFUND 1: DIE TRANSFORMATION ZUR NACHHALTIGKEIT IST MÖGLICH

Für den Übergang zum nachhaltigen Wirtschaften bedarf es sowohl einer verbindlichen Zielvorstellung als auch eines kraftvollen operativen Konzepts.

Trotz erheblicher Widerstände und zahlreicher Rückschläge hat der Multilateralismus im Jahr 2015 mit der Proklamation der in der Agenda 2030 zusammengefassten Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) und der Unterzeichnung des Pariser Übereinkommens unter dem Dach der Klimarahmenkonvention zum globalen Klimaschutz eine bedeutsame gemeinsame Zielorientierung hervorgebracht. Die Abkommen werden zu Recht als historischer Erfolg eingestuft, denn sie

BEFUND 2: INTERNATIONALE KRISEN UND EINE KOOPERATIONS- UND DEMOKRATIEFEINDLICHE GEGENTRANSFORMATION GEFÄHRDEN DEN ÜBERGANG ZUR NACHHALTIGKEIT

Der Erfolgsgeschichte der Pariser Klimabeschlüsse und der Agenda 2030 stehen bi-, multi- und internationale Krisen entgegen: Kriege, Bürgerkriege, transnationaler Terrorismus und Massenflucht sind



Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Dirk Messner ist Leiter des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik und seit 2013 Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Mit Forschungsschwerpunkten wie Global Governance, nachhaltige Entwicklung, Dekarbonisierung der globalen Wirtschaft und internationale Kooperation ist er einer der wichtigsten politischen Berater in Deutschland und darüber hinaus.



beherrschende Themen der Weltpolitik. Auch zehn Jahre nach dem Ausbruch der globalen Finanzmarktkrise stehen Verschuldungs- und Bankenkrisen, mit ihren negativen Wirkungen auf Steuereinkommen und Wachstum, weiterhin auf der internationalen Tagesordnung. Die EU, das Paradebeispiel für regionale Staatenkooperation, steckt in einer Existenzkrise. In einem solchen krisengetriebenen Umfeld besteht die Gefahr einer Verdrängung der Nachhaltigkeitstransformation an die Ränder der politischen Tagesordnungen.

Die internationalen Turbulenzen finden ihre Entsprechung in krisenhaften Entwicklungen vieler Gesellschaften. Die Wahrnehmung, »die Globalisierung« erzeuge wachsende Disparitäten und Ungleichheiten sowie soziale Fliehkräfte, hat sich ausgebreitet. Die Folgen der Finanzmarktkrisen haben oft die Ärmsten zu tragen, während leistungsfähige multinationale Unternehmen durch systematische Steuervermeidungsstrategien (s. »Panama Papers«) ihre Beiträge zur Finanzierung öffentlicher Güter reduzieren und sich damit ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl entziehen. Diese Dynamiken begünstigen den Eindruck, die Globalisierung sei ein Elitenprojekt, was in vielen Ländern zum Aufstieg eines autoritären, völkischen Nationalismus beigetragen hat. Damit steht der »Großen Transformation zur Nachhaltigkeit« eine autoritäre, neo-nationalistische Gegentransformation gegenüber, die die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie bedroht.

DIE HANDLUNGSPERSPEKTIVE DES WBGU

Der WBGU empfiehlt der Bundesregierung, aber auch der G20 folgende Argumentation für die Ausrichtung der Weltwirtschaft an der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaübereinkommen:

 Eine Verschleppung der Umsetzung des Übereinkommens von Paris und ein ungebremster Klimawandel werden wie Brandbeschleuniger für bereits existierende und zukünftige Konflikte in der Weltgesellschaft wirken. Viele Gesellschaften würden durch die Folgen einer unkontrollierten globalen Erwärmung überfordert und destabilisiert.

- 2. Es wird immer deutlicher, dass die Dekarbonisierung, die Abkehr von verengten wirtschaftsliberalen Perspektiven und der Aufbau ressourcenschonender Kreislaufwirtschaften nur in Verbindung mit sozialen Reformen und der Schaffung von Entwicklungs- und Lebensperspektiven für alle Menschen gelingen können.
- 3. Nach den Beschlüssen von Paris kann gerade die Klimapolitik, über zwei Jahrzehnte ein Symbol blockierten Multilateralismus, zum Hoffnungsträger für eine erneuerte Kultur globaler Kooperation in Zeiten gefährlicher internationaler Spannungen werden. Beide Weltnachhaltigkeitsabkommen müssen massiv von den G20-Staaten vorangebracht werden.
- 4. Mit den beiden Abkommen lässt sich demonstrieren, dass die globale Transformation zur Nachhaltigkeit im Effekt auch ein Modernisierungs-, Gerechtigkeits- und Friedensprojekt sein kann. Eine kluge Klimaschutz- und Nachhaltigkeitspolitik dient der Modernisierung der Weltwirtschaft und eröffnet ökonomische Entwicklungschancen. Sie trägt dazu bei, den Frieden zu bewahren, und ist gleichzeitig Gerechtigkeitspolitik, wenn sie Dekarbonisierungsstrategien sozialverträglich gestaltet, Ungleichheiten effektiv bekämpft und die soziale Kohäsion stärkt.
- 5. Dekarbonisierung als Teil der Nachhaltigkeitstransformation ist ein essenzieller Baustein der Agenda 2030, denn ohne die Bekämpfung des Klimawandels ist die Umsetzung der SDGs, insbesondere die radikale Reduzierung von Armut und Ungleichheit, nicht möglich.

Der Text basiert auf: WBGU (2016): Entwicklung und Gerechtigkeit durch Transformation: Die vier großen »I«, Berlin.



VON CHRISTOPH BALS



Christoph Bals ist Politischer Geschäftsführer von Germanwatch und Vorstandsmitglied der Stiftung Zukunftsfähigkeit, der Munich Climate Insurance Initiative (MCII) und der Renewables Grid Initiative (RGI). Er ist Mitglied der politischen Koordinationsgruppe von CAN International und im Sprecherrat der Klima-Allianz. Bals hat zahlreiche Initiativen in den Bereichen »Klima und Entwicklung« sowie »Klima und Wirtschaft« – wie e5, e-mission 55 und atmosfair – mit angestoßen.

www.german watch.de

»Von NRW in die Welt: Beiträge zum internationalen Klimaschutz« – unter diesem Titel fand am 7. November 2017 der KLIMA.SALON in Bonn statt. Bonn beherbergte zum gleichen Zeitpunkt die 23. UN-Klimakonferenz (COP23). Christoph Bals, der Politische Geschäftsführer von Germanwatch e. V., skizzierte zum Auftakt in seiner Rede die aktuellen Entwicklungen nach dem Pariser Klimaabkommen und die Erwartungen an die Verhandlungen. Die wichtigsten Aspekte der Rede finden Sie hier zusammengefasst. Auf unserem YouTube-Kanal finden Sie den kompletten Vortrag und alle Folien dazu.

Fünfjahresprogramm für betroffene Staaten

Auf der 23. UN-Klimakonferenz (COP23; englisch: Conference of the Parties) unter der Präsidentschaft von Fidschi in Bonn wurden maßgeblich die Umsetzungsregeln für das Gesetzeswerk von Paris (verabschiedet 2015) verhandelt, welche 2018 verabschiedet werden sollen. Es geht letztlich darum, Unterstützung für solche Staaten auf unserem Planeten zu organisieren, die besonders verletzlich sind und jetzt schon unter dem Klimawandel leiden. Für sie sollte ein Fünfjahresprogramm auf den Weg gebracht werden. Dieses sollte nicht nur Anpassungsmaßnahmen umfassen, sondern auch dann greifen, wenn die Schäden tatsächlich eingetreten sind.

Deutschland, das immer Klimaschutzvorreiter war, wird höchstwahrscheinlich sein Klimaschutzziel 2020 nicht erreichen – es sei denn, die neue Bundesregierung stellt nun erheblich die Weichen neu. Es gilt, die Energiewende und die Transformation der Schwerindustrie zu einem



BLICK AUF DIE INTERNATIONALE EBENE, WÄHREND NEBENAN IN BONN AUF DER UN-KLIMAKONFERENZ VERHANDELT WURDE

weltweit sichtbaren Erfolgsmodell zu machen; wenn das gelingt, ist dies ein sehr großer Beitrag von Deutschland für die weltweite Energie- und Industrietransformation.

Wenn man den Blick auf Deutschland richtet, kommt oft folgende Gegenfrage: Müssten nicht eigentlich die anderen Nationen, die zu den weltweit größten CO₂-Emittenten zählen, erst einmal handeln? Gemeint sind hier China, Indien und die USA. Wenn wir aber unseren Blick darauf lenken, was sich in diesen Nationen seit der Verabschiedung des Pariser Abkommens getan hat, dann wird eine ungeheure Erfolgsstory für den internationalen Klimaschutz sichtbar.

Rückgang der Kohleverstromung seit 2014

Wir haben seit 2014 – das erste Mal seit der Industrialisierung – erlebt, dass in Jahren ohne eine globale Wirtschaftskrise die Emissionen weltweit nicht mehr gestiegen sind. Dieser Trend wird sich zumindest im Bereich Kohle vermutlich fortsetzen. Wir haben im Bereich der Kohleverstromung gesehen, dass weltweit seit 2015 deutlich weniger Kohle verbrannt wurde als vorher; im Jahr 2016 waren es bereits sechs Prozent Reduktion. In dieser spannenden Situation und in diesem Kontext ist zu fragen: Was passiert jetzt in Deutschland, dem weltweit größten Verbrenner von Braunkohle?

Wir haben gesehen, dass ein großes Unternehmensbündnis jetzt einen zügigen Kohleausstieg von der Bundesregierung mit einfordert. Der Druck nimmt also enorm zu und keine Regierungskoalition wird sich diesem entziehen können. Dieser wird zudem durch weitere Kooperationen erhöht: NRW ist etwa schon vor einiger Zeit der »Under2 Coalition« beigetreten. Ziel der Organisation ist es, die Erderwärmung unter 2°C zu halten.

Trotz der politischen Geisterfahrt der US-Regierung Trump und der angekündigten Abkehr von den Pariser Klimazielen haben sich US-Bundestaaten, -Städte und -Unternehmen in der Initiative »We Are Still In« versammelt. Sie streben weiterhin an, bis 2025 das 25-Prozent-Reduktionsziel (gegenüber 2005) des früheren US-Präsidenten Obama zu erfüllen. Darüber hinaus hat Kalifornien eine Kooperationsvereinbarung mit China geschlossen, um seinen Emissionshandel im Sinne einer Ambitionssteigerung zu koordinieren. Das wäre für die Reform des Emissionshandels eine Möglichkeit, um sich auch mit internationalen Partnern abzusichern und dem Klimaschutz und der Wettbewerbsfähigkeit durch ein koordiniertes Vorgehen zu dienen.

Nationally Determined Contributions ähneln dem NRW-Klimaschutzplan

Eine der großen Innovationen von Paris ist, dass alle Staaten, die bei Paris mitmachen, sogenannte *Nationally Determined Contributions* (NDCs) einreichen. Diese ähneln dem Klimaschutzplan von Nordrhein-Westfalen. Bis zur COP23 fehlten dabei nur noch zwei Staaten: Nicaragua und Syrien. Beide haben zu Beginn der Konferenz angekündigt, dass sie mitmachen werden.

Für die ärmeren Staaten auf der Welt besteht die Möglichkeit, dass sie die NDCs zweistufig einreichen können. Was können sie mit eigenen Mitteln umsetzen und wofür brauchen sie finanzielle und technologische Kooperationen, um die NDCs zu realisieren? Daraus hat sich das Instrument der NDC-Partnerschaften entwickelt. In diesen Partnerschaften engagieren sich Akteure aus der Industrie oder der Zivilgesellschaft. Sie tauschen Erfahrungen aus und setzen konkrete Technologienkooperationen um. Hier besteht eine der Möglichkeiten, wo Deutschland und NRW ihr Know-how mit der Welt teilen könnten.

Über die Ausgestaltung eines weiteren Ansatzes, des sogenannten Cooperative Approach, existiert noch Diskussionsbedarf. Dieser Ansatz ist der Nachfolger des Clean Development Mechanism (CDM), der in vielerlei Hinsicht eine katastrophale Entwicklung genommen hat. Der CDM als Marktmechanismus war im Prinzip eine geniale Idee, die sich wie folgt beschreiben lässt: Woanders kann es kostengünstiger sein, Klimaschutz umzusetzen, dann sollte dies zuerst angegangen werden. Die schlechte Umsetzung führte dann aber letztlich dazu, dass die Hälfte der Projekte überhaupt keinen Klimaschutz und zehn Prozent der Projekte sogar »Minus-Klimaschutz« gebracht haben. Es wurden etwa eigens Anlagen zur Produktion von Fluorgasen gebaut, die man dann nicht genutzt hat, weil man mit dem Verzicht auf die Nutzung Geld verdienen konnte. Dies führte letztlich zu einer sehr problematischen Entwicklung, die den Mechanismus in Verruf brachte. Die Emissionshandelssysteme auf der Welt wurden geflutet, wodurch der Preis für Emissionen stark sank. Deswegen muss darauf geachtet werden, wie man Marktinstrumente kreiert, die diese Probleme nicht haben. Wie schafft man Marktinstrumente, die wirklich Innovationen treiben? Hierin steckt dennoch sehr viel gutes Potenzial für Kooperationsmöglichkeiten, die man wirklich konkret angehen kann.

INTERVIEW MIT DR. HEINZ BAUES

EINER ATOMAREN RENAISSANCE IN EUROPA DURCH EINE NACHHALTIGE ENERGIEWENDE ENTGEGENWIRKEN

Dr. Heinz Baues warnt vor einer Renaissance der Atomenergie in Europa und weltweit. Aus seiner Sicht wird diese vorangetrieben, ohne dass die Öffentlichkeit dies ausreichend wahrnimmt. Das folgende Interview gibt die Argumentation von Dr. Baues nur in den Grundzügen wieder. Sein vollständiger Text kann im BLOG von KlimaDiskurs.NRW gelesen werden. Wir laden hier daher ein: Diskutieren Sie mit in unserem BLOG:

blog.klimadiskurs-nrw.de



Dr. Heinz Baues ist Vorstandsmitglied von KlimaDiskurs.NRW und Berater in Energie- und Klimafragen. Er war von 1980 bis 2013 in verschiedenen Ministerien der Landesregierung NRW jeweils in den Bereichen Klimaschutz, Energiewirtschaft und Energietechnik beschäftigt. Dabei war er u. a. auch mehrere Jahre als Referent für Grundsatzfragen der Sicherheit in der Kerntechnik im Rahmen der Auftragsverwaltung des Bundes durch das Land NRW tätig.

MAGAZIN: Sie thematisieren eine Renaissance der Atomenergie. Mit dem Bundestagsbeschluss über den Ausstieg aus der Atomenergie ist dieses Thema für uns doch eigentlich endgültig begraben. Wo sehen Sie

Heinz Baues: Während bei uns in Deutschland erneuerbare Energien perspektivisch als zukünftige Energieträger außer Frage stehen, ist die Atomkraft international, insbesondere auch auf europäischer Ebene, als sogenannter CO₂-freier Energieträger zunehmend im Gespräch. Deshalb ist es wichtig, genauer hinzuschauen, wenn Klimaschutz durch Atomkraft als Patentlösung ins Spiel gebracht wird.

MAGAZIN: Aber wo geschieht dies? In Deutschland hat doch diese Argumentation keine Chance auf politische Mehrheiten.

Heinz Baues: Es ist aber Fakt, dass trotz der Reaktorkatastrophen in Tschernobyl vor über 30 Jahren und Fukushima vor mehr als sechs Jahren die Atomkraft weiterhin eine der wichtigen Stromquellen in Europa und der Welt ist. Selbst in Ländern mit bereits sehr hoher installierter Leistung an erneuerbaren Energien, wie China, USA und Japan, sind die Energiesysteme auch heute noch auf traditionelle Energieerzeuger wie Kohle, Erdöl und Atomkraft ausgerichtet. Folgerichtig wurde die klimapolitische Diskussion aufgrund der Pariser Vereinbarung zur Senkung von CO₂-Emissionen in eine Richtung geführt, die zu einem Boom zur Planung von neuen Atomkraftwerken weltweit führen kann.



MAGAZIN: Die von Ihnen aufgeführten Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima haben doch die Sicherheitsrisiken der Atomenergie aller Welt vor Augen geführt.

Heinz Baues: Fragen nach der Sicherheit der Bevölkerung und der Entsorgung geraten oft auch in den Hintergrund. Argumentiert wird heute etwa, dass Atomkraftwerke zumindest als klimaneutral gelten und vordergründig helfen, die CO₂-Bilanz zu retten und gleichzeitig die Energienachfrage zu befriedigen.

MAGAZIN: Zugleich diskutieren wir aber doch im Rahmen der Europäischen Union über eine gemeinsame europäische Energieunion. Spielt denn die Atomenergie dabei tatsächlich eine wichtige Rolle für die Zukunft?

Heinz Baues: Bisher sind es vor allem einige nationale Regierungen, die sich gegen das Ende der Atomkraft in Europa wehren. Frankreich argumentiert, dass sich das historisch gewachsene Energiesystem mit seinen 19 AKWs nicht von heute auf morgen ändern ließe. Auch in anderen Ländern, wie etwa in Tschechien, der Slowakei oder den Ländern des Baltikums, spielt die Atomkraft eine wichtige Rolle im Energiemix. Die Regierungen argumentieren hier, dass der Umbau hin zu erneuerbaren Energieträgern allein aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht zu stemmen sei. Außerdem fehlt in jenen Ländern auch der gesellschaftliche Rückhalt für die Energie aus Wind und Sonne.

MAGAZIN: Bislang schien der Zug in Richtung Atomausstieg in Europa insgesamt der Mainstream zu sein.

»ES IST WICHTIG, GENAUER HIN-ZUSCHAUEN, WENN KLIMASCHUTZ DURCH ATOMKRAFT ALS PATENT-LÖSUNG INS SPIEL GEBRACHT WIRD.«

Heinz Baues: In der EU nutzen noch 14 von 28 Staaten Atomenergie. Belgien, Deutschland und Spanien haben einen Atomausstieg beschlossen, betreiben aber noch Atomkraftwerke. Auf Strom aus Atomkraft verzichten derzeit Dänemark, Irland, Lettland, Italien, Österreich, Litauen, die kleinen EU-Staaten wie Luxemburg sowie Polen. Polen plant jedoch zwei Atomkraftwerke. Italien, Österreich und Litauen haben den Atomausstieg beendet. Daran sieht man, dass politische Beschlüsse, wie etwa der Ausstieg aus der Atomenergie, auch zurückgenommen werden können.

MAGAZIN: Die Annahme einer Renaissance der Atomenergie mutet aber doch angesichts der internationalen und auch europäischen Diskussionen um die Transformation des Energiesystems hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung und zur Erreichung der Klimaschutzziele absurd an.

Heinz Baues: Trotz dieser negativen Nachrichten für den Atomausstieg bleibt die Hoffnung, dass sich gerade in Europa Politik und Wirtschaft auf eine umfassende Umstellung des Energiesystems einigen können. Voraussetzung ist dabei, dass sich die Länder in Europa gegenseitig bei der Verwirklichung ihrer Atomausstiegspläne unterstützen. Als Beispiel sei hier die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Belgien und Deutschland beim ALEGrO-Projekt und bei weiteren Überlegungen genannt, die es Belgien ermöglichen könnte, sein Atomausstiegsziel 2025 zu erreichen. Es geht nur gemeinsam. Die Strategie der EU-Kommission wird deshalb als Energieunion vorangetrieben.

BERICHTE AUS DEM KLIMADISKURS.NRW





GUT BESUCHTER DISKURS.INTERN MIT DEN MITGLIEDERN AM 20. DEZEMBER 2017: WAS MUSS ZUKÜNFTIGE KLIMAPOLITIK IN LAND UND BUND LEISTEN?

VON SOPHIA SCHÖNBORN

Das Klimaschutzgesetz und der Klimaschutzplan des Landes NRW waren Herzstücke der Klima- und Energiepolitik der im Mai abgewählten rot-grünen Landesregierung. Die neue Landesregierung, gebildet von CDU und FDP, hat sich in ihrem Koalitionsvertrag zu den Klimaschutzzielen von Paris bekannt und angekündigt, das NRW-Klimaschutzgesetz und den Klimaschutzplan weiterzuentwickeln.

MEHR RAUM NÖTIG: DER DISKURS.INTERN AM 20.12.17 FAND IN DEN RÄUMEN DER STADTWERKE DÜSSELDORF STATT

Was aber bedeutet das konkret? Im Koalitionsvertrag ist von einem »Klimaschutzaudit« die Rede. Bedeutet dies die gesetzliche Fortentwicklung des Klimaschutzplanes? Und wird die Arbeit des Koordinierungskreises fortgesetzt? Nach einem einführenden Vortrag zum Stand der Klimaund Energiepolitik in NRW durch Ilona Steffen (Naturschutzbund [NABU] NRW) und Josef Tumbrinck (Vorsitzender NABU NRW, Vorstand KlimaDiskurs.NRW) diskutierten am 20. Dezember rund 35 Akteure aus Wirtschaft, Unternehmen, Zivilgesellschaft, Kammern und Kommunen diese und andere Fragen. Im Mittelpunkt stand die Frage nach der notwendigen Intensität und Geschwindigkeit der vorzunehmenden Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele. Die Besonderheit des Prozesses zur Erarbeitung des Klimaschutzplanes in NRW wurde betont. Insbesondere die Einbindung der verschiedenen Akteure über einen längeren, intensiven Austauschprozess funktionierte hier wesentlich besser als auf Bundesebene – ein von allen Anwesenden als sehr positiv bewerteter Aspekt. Ein weiterer Unterschied zu dem durch die Bundesregierung verabschiedeten Klimaschutzplan besteht darin, dass in Nordrhein-Westfalen die Ziele zur Minderung von Treibhausgasemissionen für die einzelnen Sektoren nicht verbindlich formuliert sind. Zudem binden sie in NRW nur die Landesverwaltung und nicht etwa Dritte. Eine Tatsache, die vor allem von den Umweltverbänden kritisiert wurde.

In diesem Jahr werden die bundesweit festgelegten Minderungsziele für die unterschiedlichen Sektoren einer Überprüfung (Folgenabschätzung) unterzogen, und eine Kommission soll bis Ende 2018 konkrete Umsetzungsmaßnahmen formulieren. Die dann folgenden Ergebnisse dürften sich auch auf NRW auswirken.

Aus Sicht der Industrievertreter wurde in der Diskussion der Wunsch formuliert, bei der Betrachtung der CO2-Bilanz den Blick weg von der reinen Quellenbetrachtung und hin zu den Produkten zu lenken. Diese werden oftmals an anderen Orten weltweit eingesetzt und tragen dort zum Klimaschutz bei.

Dass der Sektor Mobilität einen großen Beitrag zu leisten hat, wurde in der Diskussion ebenso deutlich wie die daraus resultierende Erkenntnis, dass dies auch erhebliche Anstrengungen im Bereich der Infrastruktur erfordern wird. Einig waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass Strukturbrüche möglichst zu vermeiden sind – wobei die zivilgesellschaftlichen Akteure darauf hinwiesen, dass ein Hinauszögern wichtiger Weichenstellungen die Gefahr von Strukturbrüchen verstärkt.



ZU GAST BEIM NABU NRW: EIN DISKURS.INTERN IM SOMMER 2017 FÜHRTE ZUM NATURSCHUTZHOF NETTETAL

BEIM KLIMA.SALON AM 27. SEPTEMBER 2017 GING ES UM DIE ZUKUNFT DER WINDENERGIE(INDUSTRIE) IN NRW

VON ALEXANDER NOLTE

Der Koalitionsvertrag der NRW-Landesregierung beschreibt teils einschneidende Änderungen für den Ausbau der Windenergie in NRW. Im Zentrum der öffentlichen Debatten im vergangenen Jahr stand dabei vor allem der darin genannte Abstand zwischen Neuanlagen und Wohnbebauung von 1.500 Metern.

Was dies für die betroffenen Industriezweige des Industriestandortes NRW und für die Erreichung der Klimaschutzziele bedeutet, konnten wir mit unseren Gästen auf dem KLIMA.SALON unter der Überschrift »Die Zukunft der Windenergie(industrie) in NRW« bei der Stiftung Mercator in Essen diskutieren. In der offenen Debatte zwischen unterschiedlichen Stakeholdern aus diesem Bereich sollte es darum gehen, Optionen für einen gelingenden Klimaschutz auszuloten.

Als Redner und Rednerin konnten wir Prof. Dr. Andreas Pinkwart, NRW-Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie, Reiner Priggen, Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Erneuerbare Energien NRW e.V. (LEE), Dr. Christina Elberg, Geschäftsführerin ewi Energy Research & Scenarios, sowie Andreas Wendland, Vorstandsmitglied der IG Metall und Betriebsratsvorsitzender der Siemens AG Bocholt, begrüßen. Das hochaktuelle und kontrovers diskutierte Thema und die Zusammensetzung des Panels dürften dafür verantwortlich gewesen sein, dass der KLIMA.SALON bis auf den letzten Platz ausgebucht war.

In seiner Rede machte Wirtschaftsminister Pinkwart für die Landesregierung deutlich, dass weiterhin an der Innovationskraft des Klimaschutzes für das Land NRW festgehalten wird. Das Wachstum, der Wohlstand, die Nachhaltigkeit und die Beschäftigungsmöglichkeiten dieser Branche seien für den Industriestandort zwischen Rhein und Ruhr sehr wichtig. Viele sogenannte Hidden Champions im Bereich des Klimaschutzes haben ihren Standort in Nordrhein-Westfalen, produzieren vor Ort und



BESETZT: DER KLIMA.SALON ZU WINDENERGIE IN NRW WAR SEHR SCHNELL AUSGEBUCHT



AUF DEM PODIUM: NRW-ENERGIEMINISTER PROF. DR. ANDREAS PINKWART (LI.) UND LEE-NRW-VORSITZENDER REINER PRIGGEN

beliefern den gesamten Globus mit dem Know-how »made in NRW«. Die Transformation der Montanindustrie hin zu Zulieferern der Windenergieindustrie – wie dies am Siemens-Werk in Bocholt deutlich wird –, wurde vom NRW-Wirtschaftsminister hervorgehoben. Er stellte sich auch die Frage, ob es für die Zukunft dieser Branche relevant ist, ob konkret in NRW 100 Megawatt mehr oder weniger realisiert werden oder ob die Produkte nicht in der ganzen Welt Anwendung finden sollten. Die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hat zur Folge, dass in NRW nur wenige Windkraftanlagen beantragt und geplant wurden und die Folgen schwerwiegender ausfielen als der Erlass der Landesregierung. Reiner Priggen (LEE) bestätigte den Eindruck, dass Betreiber nun zurückhaltender agieren. Laut einer internen Verbandsumfrage werden 2018 in NRW nur noch zwei Windkrafträder gebaut. 2016 waren es laut Priggen 216, 2017 waren es 230 neue Windkrafträder in NRW.

In der anschließenden Diskussionsrunde beschrieb Andreas Wendland (IG Metall) das Handeln der schwarz-gelben Landesregierung als »180 Grad-Drehung«. Mit rund 20.000 Beschäftigten im Bereich der Windkraftenergie sei das Land Treiber von Innovationen. Die neue Politik sei ein »ideologisch motivierter« Angriff auf die Windenergie, fügte Dirk Jansen (Geschäftsleiter BUND NRW) im Rahmen der Podiumsdebatte hinzu und verwies auf die hier grundlegende Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Umweltverbänden und Landesregierung.

Erste Einigkeit in der Debatte wurde in puncto »dezentrales Vorgehen« deutlich: Reiner Priggen verwies darauf, dass Ausbaumöglichkeiten für Windenergie weiterhin genutzt werden sollten. Letztendlich sollten die Räte der Städte und Kreise über neue Windkrafträder entscheiden. Dieses Mitspracherecht will Wirtschaftsminister Pinkwart den Kommunen zusichern, da er die Notwendigkeit für einen dezentralen Entscheidungsansatz sehe.

UNSERE MITGLIEDER:

Stand: Februar 2018











Avuserviceplus...

































































































































KLIMADISKURS.NRW KONKRET



ÖFFENTLICH

KLIMA.FORUM

Das KLIMA.FORUM ist die Jahreskonferenz des KlimaDiskurs.NRW, die als großformatiges und öffentlichkeitswirksames Netzwerktreffen durchgeführt wird. In der ersten Jahreshälfte diskutiert der Verein mit wesentlichen Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik wichtige Themen des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen und bietet Mitgliedern wie Partnern die Möglichkeit zum Austausch.

KLIMA.WERKSTATT

Um komplexen Schlüsselthemen des Klimaschutzes in NRW mehr Raum zu geben, führt der Verein am Ende des Jahres die KLIMA.WERKSTATT durch. Dieses Format ermöglicht eine umfassendere und detailliertere Darstellung der Problemkonstellationen unter Einbezug von Expertinnen und Experten und allen beteiligten Akteuren. Eine einleitende politische Diskussion am Vormittag und Workshops am Nachmittag prägen die eintägige Veranstaltung.

KLIMA.SALON

Dieser wird mehrmals im Jahr veranstaltet. Im Mittelpunkt stehen bei diesem halbtägigen Veranstaltungsformat sowohl kontroverse Schwerpunktthemen als auch wenig bekannte Erfolgsgeschichten des Klimaschutzes in NRW. Ziel ist es, Themen anzustoßen bzw. Fragestellungen aufzuwerfen, die in weiteren – öffentlichen oder vertraulichen – Veranstaltungen aufgegriffen und tiefer gehend bearbeitet werden sollen.

VERTRAULICH

KLIMA.LOUNGE

Die KLIMA.LOUNGE ist ein Diskursformat, das unter Einhaltung der Chatham-House-Regeln stattfindet: Alle Teilnehmererinnen und Teilnehmer verpflichten sich zu absoluter Vertraulichkeit. Dieser Rahmen bietet die Möglichkeit, kontroverse Themen und blockierende Interessengegensätze zu besprechen. Moderiert wird die KLIMA.LOUNGE durch KlimaDiskurs.NRW und mitgestaltet von den beteiligten Akteuren sowie den von ihnen ausgewählten Teilnehmern.

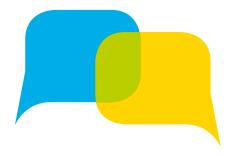
EXKLUSIV FÜR MITGLIEDER

BERLINER UND BRÜSSELER KLIMA.DISKURS

Klimaschutzpolitik wird auf verschiedenen politischen Ebenen vorbereitet, diskutiert und entschieden. Dabei haben Entscheidungen der Bundesebene und der Europäischen Union sehr häufig auch große Auswirkungen auf die Bedingungen in Nordrhein-Westfalen. Daher diskutieren Mitglieder von KlimaDiskurs.NRW in den NRW-Landesvertretungen solche Themen mit Abgeordneten, Ministerien/Kommission und Verbänden vor der Verabschiedung oder Novellierung von Gesetzen bzw. Richtlinien.

DISKURS.INTERN

Der DISKURS.INTERN wird auf Anregung der Mitglieder durch KlimaDiskurs.NRW organisiert und orientiert sich an den Themen, die für mehrere Mitglieder heute oder zukünftig relevant sind. Hier können externe Expertinnen und Experten sowie themenaffine Akteure eingeladen werden, um über einen oder mehrere Vorträge Diskussionen anzuregen. Gleichzeitig bietet das Format Gelegenheit für einen unverbindlichen Austausch und ein lockeres Zusammenkommen.



Die Diskurse in 2018*

DISKURS.INTERN exklusiv für Mitglieder

Atomkraft: Vor einer Renaissance in Europa?

Mittwoch, 31. Januar 2018, 14.00-16.00 Uhr

KlimaDiskurs.NRW

Höherweg 200

40233 Düsseldorf

DISKURS.INTERN exklusiv für Mitglieder

Wie weiter mit der EnEV?

Freitag, 16. Februar, 15.00-17.00 Uhr

KlimaDiskurs.NRW

Höherweg 200

40233 Düsseldorf

KLIMA.FORUM

Vom Strukturwandel zur Transformation – Vorbild NRW für den internationalen Klimaschutz?

u.a. mit NRW-Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart und dem WBGU-Co-Vorsitzenden Prof. Dr. Dirk Messner

Montag, 26. Februar 2018, 9.30-14.00 Uhr

Turbinenhalle der Stadtwerke Düsseldorf AG

Höherweg 100

40233 Düsseldorf

DISKURS.INTERN exklusiv für Mitglieder Besichtigung des Rheinischen Reviers mit dem BUND

Freitag, 16. März 2018, 14.00-16.00 Uhr

Treffpunkt wird noch bekannt gegeben

DISKURS.INTERN / Mitgliederversammlung exklusiv für Mitglieder Größer, breiter, bunter... Mehr Chancen, mehr Aufgaben für KlimaDiskurs.NRW

Donnerstag, 19. April 2018, 10.00-15.00 Uhr

Hotel Meliá

Inselstraße 2

40479 Düsseldorf

> KLIMA.SALON

Ein Preis für CO₂?

Donnerstag, 19. April 2018, 16.00-19.00 Uhr

Hotel Meliá

Inselstraße 2

40479 Düsseldorf

DISKURS.INTERN exklusiv für Mitglieder

Naturstrom-Mieterstromprojekt (initiiert durch NATURSTROM AG)

Dienstag, 8. Mai 2018, 15.00-17.00 Uhr

Hattingen, Treffpunkt wird noch bekannt gegeben

> Brüsseler KLIMA.DISKURS exklusiv für Mitglieder

Donnerstag, 17. Mai 2018, 15.00-17.30 Uhr

Landesvertretung des Landes Nordrhein-Westfalen

Rue Montoyer 47

1000 Bruxelles, Belgien

KLIMA.SALON

Mobilität im Quartier

Donnerstag, 7. Juni 2018, 16.00-19.00 Uhr

Rathausfestsaal

Prinzipalmarkt 10

48143 Münster

SOMMERFEST

PRIMA.KLIMA

Freitag, 31. August 2018

Das Sommerfest von KlimaDiskurs.NRW für alle Mitglieder und Partner

Höherweg 200

40233 Düsseldorf

→ WEITERE THEMEN IM 2. HALBJAHR 2018

- Wie geht es weiter mit der Wärmewende in NRW?
- › Jahresveranstaltung der Gebäudeallianz NRW für Klimaschutz
- Besuch des »Block Fortuna«, GuD-Kraftwerk der Stadtwerke Düsseldorf AG
- > Berliner KLIMA.DISKURS: Klimapolitik auf Bundesebene
- Mobilitätswende im europäischen Vergleich: Wie steht NRW in diesem Vergleich da?



🜟 Infos zu aktuellen Veranstaltungen und zur Anmeldung auf:

www.klimadiskurs-nrw.de

Da es sich um langfristige Planungen handelt, bitten wir Sie um Verständnis dafür, dass wir uns Änderungen vorbehalten müssen.





KLIMADISKURS.NRW: DIE MITGLIEDER SIND ENTSCHEIDEND

VON ANDREA ARCAIS

KlimaDiskurs.NRW ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Arbeit maßgeblich von seinen Mitgliedern gestaltet und getragen wird. KlimaDiskurs.NRW ist eine Plattform für wichtige Akteure in NRW. Aufgabe und Ziel: Gemeinsam für den Klimaschutz und den Erhalt des Wirtschafts- und Industriestandortes NRW zu arbeiten. Die Pluralität der Mitglieder und ihre wachsende Zahl ist ein Indikator für die Relevanz und den Erfolg des Vereins. Der Diskurs zwischen den Mitgliedern verfolgt das Ziel, miteinander gemeinsame Wege zu finden, um einerseits den Klimaschutz zu stärken und die Klimaschutzziele zu erreichen sowie andererseits den Wirtschafts- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen zu erhalten und diesen weiterzuentwickeln.

DIE MITGLIEDSCHAFT WÄCHST



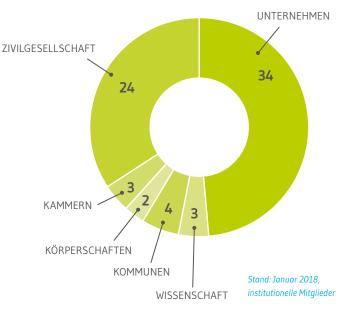
ERFAHREN SIE MEHR ÜBER DEN KLIMADISKURS.NRW IN UNSEREM VIDEO:



EINE PLURALE MITGLIEDSCHAFT IST FÜR KLIMADISKURS.NRW WICHTIG

Der Auftrag von KlimaDiskurs.NRW besteht in der Ermöglichung von konstruktiven Diskursen zwischen Akteuren, die die Klimaschutzziele akzeptieren und ihre Erreichung aktiv unterstützen. Zugleich bestehen, aufgrund unterschiedlicher Interessen zwischen den Akteuren, Konflikte in Bezug auf die konkrete Erreichung der Klimaschutzziele. Um unseren Auftrag erfüllen zu können, ist es entscheidend, dass KlimaDiskurs.NRW möglichst viele der betroffenen und handelnden Akteure aus der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Wissenschaft sowie von Kammern, Körperschaften und Kommunen als Mitglieder hat. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedern, etwa dem Verband der Chemischen Industrie NRW und dem BUND NRW, ermöglichen es dem Verein, an den Themen und Fragen zu arbeiten, denen sich die Akteure auch tatsächlich gegenübersehen. Deshalb braucht KlimaDiskurs.NRW die unterschiedlichen Interessen und auch die damit verbundenen Konflikte schon im Verein, statt diese außen vor zu lassen. Das ist seine Stärke und die Chance für alle Mitglieder, an einem gemeinsamen Projekt zu arbeiten, um das Klima zu schützen und den Wirtschafts- und Industriestandort NRW zu erhalten.

DIE MITGLIEDER KOMMEN AUS ALLEN TEILEN DER GESELLSCHAFT



FÖRDERER

WARUM SOLLTEN SIE KLIMADISKURS.NRW ALS FÖRDERER UNTERSTÜTZEN?

Fördern Sie den Diskurs für eine effektive Klimapolitik:

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über die richtigen Wege zum Klimaschutz sind unabdingbar. KlimaDiskurs.NRW hilft, die unterschiedlichen Positionen im konstruktiven Diskurs auszutauschen. Wir ermöglichen Gespräche zwischen den Akteuren. So kann Vertrauen wachsen.

Sichern Sie unsere Unabhängigkeit:

KlimaDiskurs.NRW wird noch für etwas mehr als ein Jahr von der Stiftung Mercator und der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW gefördert. Hinzu kommen Beiträge der Mitglieder. Indem Sie uns zusätzlich fördern, bewahren wir unsere Unabhängigkeit.

Helfen Sie, unsere Arbeit nachhaltig zu gestalten:

Mit Ihrer jährlichen Förderung ermöglichen Sie es uns, unsere Arbeit auch auf längere Frist zu planen – schließlich sollen die Akteure im Gespräch bleiben.

Als Förderer von KlimaDiskurs.NRW...

- ... laden wir Sie herzlich zum jährlichen Sommerfest ein,
- erhalten Sie Einladungen zu unseren öffentlichen Diskursveranstaltungen und
- ... ist Ihr Förderbeitrag steuerlich absetzbar, da KlimaDiskurs.NRW als gemeinnützig anerkannt ist.

Schon ab 50 Euro jährlich helfen Sie!



Zum Online-Förderantrag



Weitere Infos und Video: www.klimadiskurs-foerdern.de

KlimaDiskurs.NRW e.V. Höherweg 200 40233 Düsseldorf T 0211 828 054 96

IMPRESSUM

V. i. S. d. P.

Herausgeber KlimaDiskurs.NRW e.V., Höherweg 200,

40233 Düsseldorf

Amtsgericht Düsseldorf VR 10819 Andrea Arcais, Geschäftsführer

Redaktion Sophia Schönborn

Andrea Arcais

Konzept/Gestaltung VISIO Kommunikation GmbH

Fotos Deutsches Institut für Entwicklungspolitik;

DLR/Flickr; Germanwatch e.V.; Steffen Höft; Ingimage; KlimaDiskurs.NRW e.V.; Alexandra Kowitzke; Ministerium für Wirtschaft, Energie, Innovation und Digitalisierung des Landes

Nordrhein Westfalen

Klimaneutral gedruckt auf 100 % Altpapier.



KlimaDiskurs.NRW e.V.

Höherweg 200 40233 Düsseldorf

T 0211 828 054 96 **F** 0211 828 054 98



Gefördert durch:



